

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESENS

3.
An: Absender: INTERNATIONALE RECHERCHENBEHÖRDE

CT IPS AE Bln

An:

PCT
Eingang / 2. März 2005

CT IPS AM Mch P
siehe Formular PCT/ISA/220

rec. FEB 25 2005

IP
time limit 10.11.05

SCHRIFTLICHER BESCHIED DER
INTERNATIONALEN
RECHERCHENBEHÖRDE
(Regel 43bis.1 PCT)

Absendedatum

(Tag/Monat/Jahr) siehe Formular PCT/ISA/210 (Blatt 2)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts

siehe Formular PCT/ISA/220 2003P19248WO

WEITERES VORGEHEN

siehe Punkt 2 unten

Internationales Aktenzeichen

PCT/EP2004/012241

Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr)

26.10.2004

Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr)

16.01.2004

Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK

H04M15/00

Anmelder

SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT

1. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:

- ☒ Feld Nr. I Grundlage des Bescheids
☐ Feld Nr. II Priorität
☐ Feld Nr. III Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
☐ Feld Nr. IV Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
☒ Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43bis.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
☐ Feld Nr. VI Bestimmte angeführte Unterlagen
☐ Feld Nr. VII Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
☐ Feld Nr. VIII Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung

2. WEITERES VORGEHEN

Wird ein Antrag auf internationale vorläufige Prüfung gestellt, so gilt dieser Bescheid als schriftlicher Bescheid der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde ("IPEA"); dies trifft nicht zu, wenn der Anmelder eine andere Behörde als diese als IPEA wählt und die gewählte IPEA dem Internationale Büro nach Regel 66.1bis b) mitgeteilt hat, daß schriftliche Bescheide dieser Internationalen Recherchenbehörde nicht anerkannt werden.

Wenn dieser Bescheid wie oben vorgesehen als schriftlicher Bescheid der IPEA gilt, so wird der Anmelder aufgefordert, bei der IPEA vor Ablauf von 3 Monaten ab dem Tag, an dem das Formblatt PCT/ISA/220 abgesandt wurde oder vor Ablauf von 22 Monaten ab dem Prioritätsdatum, je nachdem, welche Frist später abläuft, eine schriftliche Stellungnahme und, wo dies angebracht ist, Änderungen einzureichen.

Weitere Optionen siehe Formblatt PCT/ISA/220.

3. Nähere Einzelheiten siehe die Anmerkungen zu Formblatt PCT/ISA/220.

Name und Postanschrift der mit der internationalen
Recherchenbehörde



Europäisches Patentamt
D-80298 München
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Cremer, J

Tel. +49 89 2399-6954



Feld Nr. I Grundlage des Bescheids

1. Hinsichtlich der **Sprache** ist der Bescheid auf der Grundlage der internationalen Anmeldung in der Sprache erstellt worden, in der sie eingereicht wurde, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.
☐ Der Bescheid ist auf der Grundlage einer Übersetzung aus der Originalsprache in die folgende Sprache erstellt worden, bei der es sich um die Sprache der Übersetzung handelt, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (gemäß Regeln 12.3 und 23.1 b)).
2. Hinsichtlich der **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz**, die in der internationalen Anmeldung offenbart wurde und für die beanspruchte Erfindung erforderlich ist, ist der Bescheid auf folgender Grundlage erstellt worden:
 - a. Art des Materials
☐ Sequenzprotokoll
☐ Tabelle(n) zum Sequenzprotokoll
 - b. Form des Materials
☐ in schriftlicher Form
☐ in computerlesbarer Form
 - c. Zeitpunkt der Einreichung
☐ in der eingereichten internationalen Anmeldung enthalten
☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht
☐ bei der Behörde nachträglich für die Zwecke der Recherche eingereicht
3. ☐ Wurden mehr als eine Version oder Kopie eines Sequenzprotokolls und/oder einer dazugehörigen Tabelle eingereicht, so sind zusätzlich die erforderlichen Erklärungen, daß die Information in den nachgereichten oder zusätzlichen Kopien mit der Information in der Anmeldung in der eingereichten Fassung übereinstimmt bzw. nicht über sie hinausgeht, vorgelegt worden.
4. Zusätzliche Bemerkungen:

**Feld Nr. V Begründete Feststellung nach Regel 43*bis*.1(a)(i) hinsichtlich der Neuheit, der
erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur
Stützung dieser Feststellung**

1. Feststellung

| | |
|---------------------------|---|
| Neuheit | Ja: Ansprüche 2 Nein: Ansprüche 1,3-13 |
| Erfinderische Tätigkeit | Ja: Ansprüche 2 Nein: Ansprüche 1,3-13 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit | Ja: Ansprüche: 1-13 Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

• **SCHRIFTLICHER BESCHEID
DER INTERNATIONALEN
RECHERCHEBEHÖRDE (BEIBLATT)**

PCT/EP2004/012241

Zu Punkt V.

1. In diesem Bescheid werden die folgenden, im Recherchenbericht zitierten Dokumente genannt, auf welche sich die Referenzen in Klammern beziehen; die Numerierung wird auch im weiteren Verfahren beibehalten:

D1: US-B-6 195 419~~7~~ (GILBOY CHRISTOPHER P) 27. Februar 2001 (2001-02-27)

D2: WO 03/058940 A (PRANGE STEFAN ; SIEMENS AG (DE)) 17. Juli 2003 (2003-07-17)

2. Der Anspruch 1 umfaßt drei in der Beschreibung einzeln angegebene Ausführungsformen. Dabei handelt es sich bei der zweiten Ausführungsform um ein Verfahren, bei dem ein Sprach-Antwort-System in Form eines "Intelligent-Peripheral" verwendet wird. Für diese Ausführungsform wurde in der Beschreibung und den Ansprüchen der zutreffende nächstliegende Stand der Technik zu Grunde gelegt. Bei der ersten und dritten Ausführungsform wird hingegen eine textbasierte Auswahl- bzw. Auswahlanforderungsnachricht verwendet.

Für diese beiden Ausführungsformen muß jedoch D2 als nächstliegender Stand der Technik angesehen werden.

3. Der gegenwärtige Anspruch 1 ist so weit gefaßt, daß er nicht neu im Sinne von Artikel 33(2) PCT bezüglich der Offenbarung des Dokuments D2 ist.

In Übereinstimmung mit den Merkmalen des gegenwärtigen Anspruchs 1 offenbart D2 ein Verfahren zum Abrechnen einer Datenübertragung in einem Telekommunikationsnetz mittels zweier durch eine Auswahlnachricht eines Kommunikationsendgerätes auswählbarer Abrechnungskonten (S. 2, Z. 7-14: "... getrennte Vergebührung für private und dienstliche Gespräche. Hierzu wird eine Eingabe eines Nutzers eines Mobilfunkendgerätes vor, nach oder während eines Gesprächs ... zum dienstlichen oder privaten Charakter des aktuellen ... Gespräches per Kurznachricht, USSD oder in anderer Weise an ein Gebührenzentrum ... gesandt.") welches die folgenden Verfahrensschritte umfaßt:

- die Datenübertragung wird gestartet;
- nach Beginn der Datenübertragung (S. 2, Z. 8: "vor, nach oder während eines Gesprächs") wird die Auswahlnachricht von dem Kommunikationsendgerät (S. 2, Z. 12: "Kurznachricht, USSD") empfangen, wobei die Auswahlnachricht eine Kennung für das

zu nutzende Abrechnungskonto enthält (S. 2, Z. 8-13: "Eingabe .. zum dienstlichen oder privaten Charakter des aktuellen .. Gespräches");

- die Datenübertragung wird über dieses Abrechnungskonto abgerechnet (S. 2, Z. 19-26: "Bei der monatlichen Rechnungserstellung kann für jedes geführte Gespräch anhand der hierzu abgespeicherten Kennung, ob das Gespräch dienstlich oder privat war, dieses Gespräch in die private oder in die dienstliche Teil-Rechnung aufgenommen werden").

Demzufolge ist der gegenwärtige Anspruch 1 nach Artikel 33(1) PCT aus Mangel an Neuheit nicht gewährbar.

4. Die im abhängigen Anspruch 2 enthaltene Merkmalskombination ist aus dem vorliegenden Stand der Technik weder bekannt, noch scheint sie durch ihn nahegelegt. Dies gilt demzufolge auch für die Ansprüche 4-13 in soweit sie von Anspruch 2 abhängig sind.

5. Der abhängige Anspruch 3 und die Ansprüche 4-13 in soweit sie von Anspruch 3 abhängig sind, erfüllen nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) PCT, weil es sich bei einem Verfahren **ohne** Auswahlnachricht um ein Verfahren zum Abrechnen einer Datenübertragung über ein **vorbestimmtes Abrechnungskonto** handelt, bei dem die von Anmelder angegebene Aufgabe, nämlich ein Abrechnen mittels mindestens zweier Abrechnungskonten, nicht gelöst wird.